

Mehr Geld für Hochwasserschutz und Schulwege

Obernkirchen. 39 Haushaltspunkte haben die Mitglieder des Finanzausschusses am Montagabend nacheinander abgearbeitet und versucht, Änderungsvorschläge Gruppe "Mitte" und der SPD-Fraktion auf einen Nenner zu bringen. Bis auf einzelne Punkte, die bis zu einer weiteren Finanzausschusssitzung am kommenden Montag noch einmal detaillierter Klärung bedürfen, haben die Mitglieder sich nach dreieinhalb Stunden konstruktiven Miteinanders über den Haushalt 2003 sowie Ansätze für ein neues Konsolidierungsprogramm geeinigt.

Mit zahlreichen Einsparungsvorschlägen will die Gruppe "Mitte" den Topf für Hochwasserschutzmaßnahmen erweitern. Die SPD will, die Mittel, die sie an anderer Stelle streicht, in die Schulwegsicherung investieren. Der Vorschlag der Verwaltung, die Anzahl der Ortswehren "zu überprüfen", soll geändert werden in: "Die Struktur der Feuerwehr der Stadt Obernkirchen wird optimiert". Dies soll im Einvernehmen mit den Feuerwehren geschehen, nicht über deren Köpfe hinweg. Das Budget in Höhe von 12 200 Euro wird auf Wunsch der "Mitte" mit einem "Sperrvermerk" versehen - im Gespräch mit den Kommandos soll geklärt werden, ob tatsächlich alle beantragten Ausrüstungsgegenstände 2003 dringend benötigt werden. Die SPD-Fraktion störte sich an dem Vorschlag der Verwaltung, zu überprüfen, welche Aufgaben die Stadt im Bereich der Jugendpflege übernehmen muss und welche sie zusätzlich vom Landkreis (mit Vertrag von 1994) übernommen hatte. Die Verwaltung will die "Auswirkungen einer Rückübertragung an den Landkreis überprüfen". Auch die "Mitte" fordert eine solche Überprüfung, welches der städtische Pflichtanteil sei. Insbesondere Gabi Franz (SPD) fürchtet eine Reduzierung des erreichten Standards. Verwaltung und "Mitte" betonen aber, dass eine Überprüfung noch nicht zwangsläufig eine Reduzierung des Angebotes mit sich bringen würde. Anstatt, wie im Vorschlag der Verwaltung vorgesehen, die Vereine für die Nutzung der Sportstätten stärker zur Kasse zu bitten, plädiert die "Mitte" dafür, die Auslastung zu optimieren, um die Einnahmen zu erhöhen. Außerdem soll die Übertragung der Unterhaltung auf Paten in Betracht gezogen werden. Auf ein klares "Nein!" stieß der Vorstoß der Verwaltung, den Zuschuss an das "Sonnenbrinkbad" abzuschmelzen. 2003 sollen noch einmal 52 000 Euro gezahlt werden, ab 2004 sollte die Finanzspritze jährlich um 10 000 Euro verringert werden. "52 000 Euro sind das absolute Minimum", meinte Thomas Stübke (Grüne). Eine Einsparung käme nach Auffassung von "Mitte" und SPD erst in Betracht, wenn der Förderverein durch den Betrieb des Restaurants "Sonnenbrink" ausreichende Einnahmen erzielt. Das Restaurant steht im Eigentum der Stadt und soll dem Verein noch in diesem Jahr im Zuge eines Erbbaurechtsvertrages zur Verfügung gestellt werden.

Kurz und knapp auch die Erklärungen von "Mitte" und SPD zur von der Verwaltung geplanten Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer: "Die Hebesätze werden nicht erhöht". Sassenberg dazu: "Im kreisweiten Vergleich liegen wir ohnehin schon fest an der Spitze, und wenn wir hier unsere Bauplätze anpreisen, wäre eine Erhöhung kontraproduktiv." Stadtdirektor Mevert relativierte jedoch: "Im kreisweiten Vergleich sind wir zwar ganz oben mit dabei, im Vergleich mit anderen Städten unserer Größe und Struktur liegen wir mit unseren Sätzen jedoch niedrig." Zusätzlich zum Verkauf der EMR-Anteile, der eigentlich schon im vergangenen Jahr über die Bühne gehen sollte, schlägt die "Mitte" vor, die Veräußerung der städtischen Anteile an den Stadtwerken zu überprüfen. Die Entgelte für die Kompostanlage werden neu kalkuliert, ebenso die Gebühren für die Straßenreinigung. Die "Mitte" fordert außerdem eine genauere Definition der "geschlossenen Ortslage". Über diesen Punkt streiten einige Bürger in langwierigen Widerspruchsverfahren mit der Verwaltung. Die durch Ruhestand freierwerdende Stelle für den Bereich "Straßenbau" am Baubetriebshof soll wieder besetzt werden. Da sind sich "Mitte" und SPD im Grundsatz einig. Da sich die Stadt in ihrem alten Konsolidierungskonzept aber selbst einen Einstellungsstopp verhängt hat, schlägt die "Mitte" vor, die Stelle in anderen Bereichen, zum Beispiel durch Stundenkürzungen, einzusparen. Zusätzlich zum Verkauf des städtischen Gebäudes Lange Straße 10, soll nach Auffassung der "Mitte" ein neuer Anlauf für den Verkauf der Altenbegegnungsstätte genommen werden.

Beim Thema Stadtmarketing gehen die Einschätzungen von "Mitte" und SPD-Fraktion auseinander. Während die Gruppe aus CDU, WGO, Grüne und Bögel den Ansatz im Haushaltsentwurf noch erhöhen würde auf 15 300 Euro allein für Stadtmarketing und 2000 Euro für das Agenda-Büro, will die SPD die Kosten in diesem Bereich "minimieren". Die Sozialdemokraten halten es für nicht notwendig, den Stadtmarketing-Prozess weiterhin von einer professionellen Firma betreuen zu lassen. Die "Mitte" verspricht sich von der Firma, die im vergangenen August in einem großen Forum auch den Startschuss für den Stadtmarketing-Prozess gegeben hat, aber wichtige Impulse und Kontakte. In einem Kompromiss einigten sich die Ausschussmitglieder schließlich darauf, im Haushalt nur 10 000 Euro für das Stadtmarketing einzuplanen. Die übrigen Kosten für die Beauftragung der Firma mögen

die beteiligten Vereine, (Wirtschaftsförderverein, Verkehrs- und Verschönerungsverein sowie Haus & Grund) übernehmen. Die "Mitte" will zusätzlich 15 000 Euro für den Ausbau der Spielplätze bereit stellen. Dafür sollen die Kosten für ein neues Streusalzlager der Stadt um die Hälfte verringert werden. Einige "Experten" der Gruppe hätten sich informiert und ein Angebot für Silobehälter anstelle einer von der Verwaltung favorisierten Holzkonstruktion für 30 000 statt 60 000 Euro. In diesem Punkt, und bei der Frage, ob die Kompostanlage der Stadt 2003 erweitert werden muss, meldete die SPD-Fraktion weiteren Beratungsbedarf an. Eine Entscheidung wollen die Ausschussmitglieder in ihrer nächsten Sitzung am kommenden Montag treffen. Die Vorschläge der "Mitte", den Haushaltsansatz für die Verkehrsberuhigung auf 20 000 Euro zu verdoppeln, und der Vorschlag der SPD-Fraktion, zusätzlich 10 000 Euro für die Schulwegsicherung und die Aktion "Gelbe Füße" einzuplanen, sollen nun verknüpft werden. Für beide Anliegen sollen insgesamt 25 000 Euro bereit gestellt werden.

© Schaumburger Nachrichten, 12.02.2003 (tk)